

Fadegrad



von
Stefan Urech

Zwei ungleiche Opfer

Während der letzten Wochen machten zwei Kleinbetriebe die Runde in den Medien: Hasan Yapticis Gemüseladen «Dirok» im Zürcher Kreis 5 und Cornelia Fischers «Backhaus Fischer» in Zürich-Seebach. Beiden, so konnte man lesen, stehe die Schliessung bevor. Die Gründe dafür und die Reaktionen darauf könnten unterschiedlicher nicht sein. Im Falle des kurdischen «Dirok» wollte Wincasa, die Eigentümerin der Liegenschaft, dem Kleinbetrieb den Mietvertrag nicht mehr erneuern, und zwar mit der Begründung, dass Denner in derselben Liegenschaft eine Filiale betriebe. Auf diese Meldung hin reagierten die rotgrünen Gemeinderäte sofort. Gemeinderat Utz (SP) forderte in einem Postulat, dass die Stadt zukünftig über solche Mietverträge wache und falls nötig eingreife, und zwei empörte grüne Gemeinderäte wollten von der Stadt in einer Interpellation wissen, wie sie diese «Vertreibung von Quartierläden» beurteilt. Schliesslich zeigte Wincasa Einsicht und stoppte die Kündigung. Über die Schliessung des «Backhaus Fischer» hat Gemeinderat Schwendener (SVP) in der letzten Ausgabe des Zürcher Boten berichtet. Cornelia Fischers Bäckerei mit 35 Angestellten, die mit 29 Jahren eine rund doppelt so lange Existenz hat wie «Dirok», war mit anderen Problemen konfrontiert. Ihr Unternehmen wurde Opfer der rotgrünen Regulierungswut. Sie musste ihren Betrieb wegen Konkurses einstellen, weil ihr die Hälfte ihrer Parkplätze gestrichen wurde und ein neu eingeführtes Abbiegeverbot vielen Kunden den direkten Weg zum Backhaus verunmöglichte. Die Bemühungen der Bäckerin gegen die neuen städtischen Auflagen blieben erfolglos. Der rotgrüne Stadtrat «bedauert dies», blieb aber in seiner Haltung stur. Zu diesem Fall hörte man von rotgrüner Seite, die sich angeblich für die Anliegen der kleinen Läden einsetzt, weder Bedenken noch Kritik und schon gar keinen Aufschrei. Stört es die Linken womöglich vor allem dann, wenn ausländische Betriebe geschlossen werden? Fakt ist: Der Überlebenskampf der kleinen Ladenbesitzer, egal ob sie Hasan oder Cornelia heissen, ist hart und verdient Unterstützung. Mit besseren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wäre ihnen meist besser gedient als mit planwirtschaftlichen Eingriffen gekoppelt mit immer mehr staatlichen Vorschriften. Auch mit der Streichung von Parkplätzen schadet die Stadt vielen Kleinbetrieben. «Die Strasse ist die Lebensader der Bäckerei» sagte Cornelia Fischer der NZZ. Doch auf solch ketzerische Aussagen geht man am Öko-Gottesdienst im Zürcher Gemeinderat natürlich nicht ein. Ausser vielleicht, wenn sie auf Türkisch daherkämen?

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Eishockey- und Sportarena mit grosser Mehrheit angenommen

An der Gemeinderatssitzung vom Mittwoch ist die geplante Eishockey- und Sportarena im Mittelpunkt der Debatte gestanden. Dabei ging es um die Gewährung eines Baurechts, eines rückzahlungspflichtigen Darlehens von 120 Millionen Franken und eines jährlichen Betriebsbeitrags von 2 Millionen Franken an die ZSC Lions Arena Immobilien AG sowie Objektkredite von 2,8 Millionen Franken für Altlastenbereinigung und von 1,9 Millionen Franken für allfällige Erschliessungsmassnahmen.



Roberto Bertozzi
Gemeinderat SVP
Zürich 11

Mit grosser Mehrheit (96 Ja, 13 Nein und 9 Enthaltungen) hat der Zürcher Gemeinderat diese Weisung genehmigt. Nur die Grünen und AL waren dagegen oder haben sich enthalten. Geschlossen dafür gestimmt haben SVP, FDP, GLP, CVP und SP.

Die ZSC Lions

Die ZSC Lions gehören mit 65 Teams und über 1250 Spielerinnen und Spielern zu einer der grössten Eishockey-Organisationen in Europa und sind eine der grössten Sportnachwuchsorganisationen der Schweiz. Die Spiele des ersten Herren-Teams der ZSC Lions werden im Hallenstadion ausgetragen. Die Trainings finden vor allem in der Kunsteisbahn Oerlikon statt. Alle übrigen Teams, insbesondere alle Nachwuchs- und Frauenteam, trainieren und spielen auf verschiedenen städtischen,

kantonalen und ausserkantonalen Anlagen. Die ZSC Lions waren 8 x Schweizer Meister, einmal Gewinner der Champions Hockey League sowie einmal Gewinner des Victoria Cups. Im Schnitt besuchen über 9000 Zuschauer ein Spiel der ersten Mannschaft.

Gründe für ein eigenes Stadion

Das Hallenstadion ist aktuell die Heimstätte der ZSC Lions. Inzwischen erfüllt aus Sicht des Eishockeysports das Hallenstadion die Bedürfnisse nur noch bedingt. Auch sind die ZSC Lions die einzige Eishockeyorganisation in der Schweiz, die nicht über ein eigenes Stadion verfügen. Folgende wichtige Gründe sprechen die Erstellung und den Betrieb eines eigenen Stadions in der Stadt Zürich: Die Hallenstadion AG kann den ZSC Lions nicht sämtliche gewünschte Termine zu einem für sie tragbaren Preis gewähren, ohne das Geschäftsmodell des Hallenstadions kommerziell zu gefährden. Dies hat zur Folge, dass die ZSC Lions nicht alle Spiele im Hallenstadion durchführen können, was zu erheblichen Einnahmeausfällen führt. Die ZSC Lions sind im Hallenstadion gleichzeitig Mieter

und Veranstalter. Damit fehlt ihnen die Möglichkeit, wichtige Zusatznahmen zu generieren. Dies betrifft vor allem die Vermarktung der Halle, die Berücksichtigung eigener Sponsoren sowie eine eigene Gastronomie und ein eigenes Catering. Die ZSC Lions führen ihren Spiel- und Trainingsbetrieb an zahlreichen Standorten auf zürcher Stadtgebiet und im ganzen Kanton Zürich durch mit entsprechendem logistischem, aber auch finanziellem Aufwand. Mit einer neuen Eishockey- und Sportarena können Abläufe im Training wie auch im Spielbetrieb durch die Reduzierung der Standorte vereinfacht und Kosten gespart werden. Die oben aufgezählten Punkte tragen dazu bei, dass den ZSC Lions einerseits Erträge entgehen und andererseits erhöhte Kosten entstehen. Dies führt mittel- und langfristig dazu, dass die Konkurrenzfähigkeit der ZSC Lions im nationalen und internationalen Eishockey geschwächt wird.

Bestgeeignetster Standort gewählt

Die ZSC Lions haben in Zusammenarbeit mit der Stadt Zürich im Jahr 2009 eine Standortevaluation bei rund 20

städtische Areale durchgeführt, die für die Realisierung einer Eishockeyarena grundsätzlich in Betracht kamen. Aufgrund der Kriterien der Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr, der topografischen Lage, der Parzellengeometrie und möglicher Nutzungskonflikte wurden drei mögliche Standorte in die engere Wahl genommen und vertieft betrachtet: «Auzelg» in Zürich-Nord, «Offene Rennbahn» in Oerlikon und «Untere Isleren» in Altstetten. In der Gesamtbilanz erwies sich der Standort «Untere Isleren» als der Geeignetste. Nach dem Entscheid für den Standort Altstetten gaben die ZSC Lions im August 2010 eine Machbarkeitsstudie in Auftrag. Begleitet wurde sie durch ein Projektteam, bestehend aus Vertretern der ZSC Lions, des Hochbaudepartements und aller relevanten städtischen Dienstabteilungen. Auch zahlreiche Spezialisten sind einbezogen worden. Ziel der Studie war die Prüfung der städtebaulichen und finanziellen Machbarkeit sowie die Definition der Rahmenbedingungen für die Durchführung des Projektwettbewerbs. Die Machbarkeitsstudie führte zur Erkenntnis, dass das Projekt sowohl städtebaulich, verkehrs-, erschliessungs- und sicherheitstechnisch als auch hinsichtlich der Bereiche Baugrund, Energie und Nachhaltigkeit grundsätzlich umsetzbar ist (Quelle: Weisung 2015/283).

RECHNUNG 2015

ERZ-Skandal weitet sich aus – Rechnung abgelehnt

Der Gemeinderat hat die Rechnung der Stadt Zürich angenommen mit Ausnahme der Rechnung des Hagenholz. Ein handfester Skandal erschüttert das Tiefbaudepartement.



Martin Bürlimann
Gemeinderat SVP
Zürich 10

Im Dezember 2015 hatte FDP-Stadtrat Filippo Leutenegger über die Vorkommnisse in der städtischen Abteilung «Bau und Gebäudemanagement» des ERZ (Entsorgung und Recycling Zürich) informiert. Die städtische Finanzkontrolle hatte Ungereimtheiten aufgedeckt. Beim Bau des Logistikzentrums in der

Kehrichtverbrennungsanlage Hagenholz kam es während längerer Zeit zu Unregelmässigkeiten. Insbesondere wurden Rechnungen falsch verbucht, damit Kostenüberschreitungen nicht ans Tageslicht kamen. Stadtrat Leutenegger hatte die Rechnungsprüfungskommission (RPK) und die Geschäftsprüfungskommission (GPK) umgehend informiert. Eine Sonderkommission wurde gebildet, um die Unregelmässigkeiten zu prüfen. Ein geheimer Bericht fand kürzlich den Weg in die Medien. Das ERZ hatte insgesamt 132 Verträge nicht archiviert. Verschiedene Rechnungen wurden bezahlt, ohne dass die gelten-

de Unterschriftenregelung eingehalten wurde. Stadtrat Leutenegger hatte umgehend eine Administrativuntersuchung angeordnet. Es wurde untersucht, welche Instanz die Fehler begangen hat und wie die Unregelmässigkeiten zustande kamen.

ERZ beantragt weitere Kredite

Die RPK beanstandete die auf verschiedenen Unterkonten verbuchten Ausgaben für den Bau des Logistikzentrums Hagenholz im Umfang von rund 4 Millionen Franken. Damit wurde der vom Volk bewilligte Objektkredit von 72,1 Millionen Franken überschritten.

Bei der Rechnungsdebatte in der Vorwoche folgte der Gemeinderat dem Antrag der RPK und lehnte die Rechnung des ERZ ab. Die Gesamtrechnung der Stadt wurde hingegen gegen die Stimmen der SVP gutgeheissen. Bereits verlangt der Stadtrat einen Zusatzkredit von 1,2 Millionen Franken. Der Betrag umfasst die Kosten der noch 2015 fertiggestellten, aber erst im 2016 abgerechneten Arbeitsleistungen. Bereits wurde ein weiterer Zusatzkredit im Herbst angekündigt. Die Gesamtsumme des ERZ-Skandals und die Höhe der Budgetüberschreitung ist somit noch nicht bekannt. Zudem ist eine separate Weisung unterwegs, welche eine Erhöhung des Objektkredits beantragt. Die SVP wird diese Zusatzbegehren sehr kritisch prüfen.

REORGANISATION DER VOLKSSCHULE IN DER STADT ZÜRICH

Stadtrat will Demokratieabbau an den Zürcher Schulen

Der Zürcher Stadtrat plant mit dem Projekt «Verwaltungs- und Behördenentwicklung» (VBE) einen markanten Abbau demokratischer Strukturen im städtischen Schulwesen.



Daniel Regli
Gemeinderat SVP
Zürich 11

Die Autonomie der Schulkreise soll aufgehoben und die Führung der Zürcher Schule zentralisiert werden. Zudem will das Schuldepartement die Milizaufsicht durch das Volk zurückstutzen, indem man die «Schulkommission für Sonderschulen und sonderpädagogische Angebote» (SK SsA) auflöst. Die geplante Neuordnung bedarf einer Volksabstimmung. Vorsorglich hat der Stadtrat darum im April 2016 eine Vernehmlassung bei den politischen Parteien sowie den Lehrer- und Elternvereinigungen gestartet.

Wollen wir eine Staatsschule statt Volksschule?

Die 66 Seiten des Weisungsentwurfs kommen zwar gewichtig daher. Im Kern geht es aber lediglich um den Demokratieabbau bei den Schulkreispräsidenten und die Abschaffung der SK

SsA. Als vom Gemeinderat gewählte Miliz-Kommission beaufsichtigt und führt die SK SsA bisher drei städtische Sonderschulen sowie das umfassende Angebot der therapeutischen Massnahmen in den Regelschulen (Logopädie, Psychomotorik). Die SK arbeitet autonom auf derselben Kompetenzstufe wie die Stadtregierung. Nun moniert der Stadtrat, es gäbe Doppelspurigkeiten sowie unklare Führungskompetenzen. Zudem sei es das Gebot der Stunde, die SK SsA in einen einheitlichen Schulbetrieb zu integrieren. Die SK sei ein Indiz für Separation. Darum will die Stadtregierung die 17-köpfige Kommission kurzerhand abschaffen. Zwingende Gründe dafür gibt es nicht. Strukturelle Probleme können ohne Weiteres durch Optimierungen der Abläufe behoben werden. Die bisher durch Milizpersonen ausgeübte Aufsicht jedoch kann nicht ohne Schaden auf eine geplante Stabstelle im Schulamt übertragen werden. Die Exekutive würde immer mehr von ihren «eigenen» Leuten kontrolliert statt von externen Personen. So mutiert die Volksschule zur Staatsschule. Der kritische Blick des Volks auf die Vorgänge in den Zürcher Schu-

len würde abgebaut. Wertvolle Kompetenzen gingen verloren. Die Abläufe würden schwerfälliger. Die Bürokratie würde im Schulamt wachsen und sich verteuern. Alles zulasten der Kinder, der Lehrerschaft und der Steuerzahler.

Zentrale Führung der Schulkreise

Einen zweiten massiven Abbau von Demokratie plant der Stadtrat bei den Kreisschul-Präsidenten. Bisher hatten die vom Volk gewählten Schulpräsidenten/-innen eine gewisse Handlungsfreiheit in der Führung ihrer Schulkreise. Nun will der Stadtrat die Autonomie der Schulkreise aufheben. Neu soll es gemäss dem Projekt VBE ein zentrales Gremium geben, in welchem die Präsidenten/-innen der Schulkreise unter der Leitung des Schulvorstands vereint werden. Die Schulkreise unterstehen dann einer zentralen Führung. Eltern und Lehrerschaft haben ihre Ansprechpartner nicht mehr im Schulkreis, sondern in einem Verwaltungsbau im Stadtzentrum. Die Wege werden länger, die Kommunikation schwieriger. Eine erneute Dezentralisierung

wird bald einmal unumgänglich. Die Macht bleibt im Zentrum, die Ausföhrung wird wieder an die Schulkreise delegiert. Höchst undemokratisch!

SVP wehrt sich gegen die sozialistische Schulpolitik

Das Projekt VBE ist abzulehnen. Die SVP wehrt sich in der Vernehmlassung, in der darauf folgenden Behandlung der Weisung im Gemeinderat sowie im Vorfeld der Volksabstimmung vehement gegen die weitere Zerstörung demokratischer Strukturen in der Zürcher Schule. Das Stimmvolk wird aufgerufen, an der Urne korrigierend einzugreifen. Generell kann die Schulpolitik des Zürcher Stadtrats nicht hingenommen werden! Statt Familien- und Volksrechte zu stärken, arbeitet der Stadtrat an einem sozialistischen Schulsystem. Man fördert exzessiv den Betreuungswahn ab Babyalter. Man verspricht Tagesschulen in der ganzen Stadt trotz immensen Kosten. Eltern und Kinder, die sich diesem linken Wohlfühlprogramm widersetzen, werden bedrängt und genötigt.

Der Stadtrat beabsichtigt nichts anderes, als die Kinder aus den Familien herauszulösen, um sie im «Lebensraum Schule» dem staatlichen Einfluss auszusetzen.